

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsort: Nachrichten Dresden.  
Verlagsnummer 25 241  
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Lieferung oder durch die Post bei täglich zweimaliger Lieferung monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M.  
Die einpöhlige 37 mm breite Zeile 5.- M. Bei Familienangehörigen, Einzigen unter Eltern- u. Wohnungseigentümern, 1 pöhlige Zeile u. Verträge 25 % Ermäßigung. Einzelne Zeilen gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 70 Pf.

Schriftleitung und Anzeigenabteilung:  
Mariehofstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von Neff & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

**Kakao**  
**Deutschmeister**  
wirklich hervorragende Qualität  
**Petzold & Aulhorn A.-G., Dresden**

Leinenhaus **F. A. Horn** Ferdinandstr. 3  
Dauendecken — Steppdecken  
Bett-Wäsche — Leib-Wäsche — Tisch-Wäsche  
Lieferung vollständiger Ausstattungen in kürzester Zeit

**Kauft Bücher!**  
Sie sind auch heute noch das beste und billigste  
**Konfirmationsgeschenk!**

## Der Reichskanzler über die Reparationsnote.

### Die Sinnlosigkeit der Erfüllungspolitik

Was hat die deutsche Nation von dem leitenden Staatsmann angefangen, der alles Maß überschreitend die Herausforderung der deutschen Geduld durch die Entente zu hören erwartet und was hat sie tatsächlich zu hören bekommen? Das ist die entscheidende Fragestellung bei der kritischen Würdigung der Reichskanzlerrede zur Reparationsnote. Was das nationalgesinnte Deutschland von Dr. Wirth hören wollte, ist sehr einfach zu sagen: Ein förmlicher Verzicht auf die Erfüllungspolitik, ein unzweifelhafter Bruch mit dem bisherigen leidigen System, dadurch, daß wir uns bis zum Weichbluten schröpfen und ansprechen lassen, unseren erbarmungslosen Gegnern die Unmöglichkeit der Durchführung ihrer sinnlosen Forderungen klar zu machen, eine mannhafte und mutige Erklärung, daß wir auf diesem verfehlten Wege nicht weiter gehen werden — das hätte den Kern der Wirth'schen Rede bilden müssen, wenn sie recht nach dem Herzen des deutschen Volkes hätte ausfallen sollen. Von der Erfüllungspolitik will die Seele der Nation nichts mehr wissen, sie ist allgemein in Mißachtung und Verfall geraten. Ein klassisches Beispiel, zu welchen ungläublichen Inkonsequenzen diese Politik führt, hat der demokratische Führer Derburg auf dem Verbandstag der Demokratischen Partei gegeben. Er hat dort eine Rede gehalten, deren Anfang wegen der rückhaltlosen Kennzeichnung der völligen Unmöglichkeit der neuen Forderungen in jedem Vortage die freudige Hoffnung erweckte, daß die Demokraten endlich zur Einsicht gekommen und entschlossen seien, mit fliegenden Fahnen in das Lager der Gegner der Erfüllungspolitik überzugehen. Dann mit einem Male guckte zum Schluß wieder der Pferdehals hervor: die Erfüllungspolitik dürfe trotzdem nicht preisgegeben werden. Eine derartige Logik ist nur für die spezifischen Anhänger dieser eigenartigen Weltanschauung verständlich, der gesunde Menschenverstand lehnt sie ab. Die nationale öffentliche Meinung versteht sie nicht, hat sie nie verstanden und will schlechterdings nichts mehr davon wissen. Die große nationale Kundgebung gegen die Erfüllungspolitik mit ihrer kategorischen Forderung eines bedingungslosen Nein ist der richtige unverfälschte Ausdruck des nationalen Empfindens nicht nur in Sachsen, sondern in ganz Deutschland. Man will in unserem schwerbedrückten Volke kein Kompromiß, keine Verhandlungen mehr, sondern man spricht mit dem heiligen Ernst einer großen und tiefen Ueberzeugung allerorten davon, daß ein Ende mit Schreden besser sei als ein Schrecken ohne Ende.

Wie hat nun der Reichskanzler dieser Volksstimmung entsprochen? Selbst das größte Wohlwollen ihm gegenüber wird nicht behaupten können, daß er als Führer und Bahnbrecher die Zeit an der Stirnlacke ergriffen und sich klärend vor sein Volk gegenüber den neuen Verhandlungs- und Erfordernissen der Entente gestellt habe. Gewiß, er hat teilweise scharfe Worte der Zurückweisung gesprochen, so insbesondere gegenüber dem durch die Kontrolle unserer Steuererhebung beabsichtigten Eingriff in unsere staatliche Souveränität. Er hat auch das Verlangen nach weiteren 60 Milliarden Steuern als eine Unmöglichkeit und Unsinnigkeit bezeichnet und noch in manchen anderen Punkten Anschauungen geäußert, die sachliche Zustimmung finden können. In einer grundsätzlichen Absage an die Erfüllungspolitik aber hat er sich in keiner Weise aufzuzeigen vermocht. Im Gegenteil, er hat ausdrücklich erklärt, er werde sich durch die Behauptung der prinzipiellen Gegner der Erfüllungspolitik, daß diese Schiffbrüche gälten, nicht betören lassen, und er hoffe, daß er die Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich habe. Es wäre vielleicht das Beste, wenn einmal die Probe auf das Exempel gemacht und durch den Appell an die Wähler unzweifelhaft festgestellt würde, ob die Mehrheit des deutschen Volkes für oder gegen die Erfüllungspolitik ist. Wer sich mit offenen Sinnen im Volk umschaut und hört, was überall gesagt wird, der kann nicht im Zweifel sein, wie eine solche Abstimmung ausfallen würde.

Einer der Hauptfehler, dessen sich die Erfüllungspolitik schuldig machen und der auch von Dr. Wirth in seiner Rede nicht vermieden wurde, ist die anscheinend unzählbare Revidierung des Glaubens an die französische Loyalität. Der Reichskanzler mußte zwar ohne Umschweife zugeben, daß die bekanntlich ganz von französischem Einfluß beherrschte Reparationskommission noch nie das geringste Verständnis für die deutsche Erfüllungspolitik bekundet habe. Das hinderte ihn aber nicht, von weiteren Verhandlungen Günstiges zu erhoffen, und der Reparationskommission, die durch ihr neuestes Vorgehen die Mark in katastrophaler Weise entwertet und dadurch das deutsche Defizit mit einem Schlag um 25 Milliarden gesteigert hat, das ganz unnötige Zugeständnis zu machen, sie habe diesen Erfolg „vielleicht ungewollt“ herbeigeführt. Ganz Deutschland weiß doch nachgerade, daß Frankreich uns gegenüber überhaupt keinen guten Willen hat, sondern daß es mit kalter Grausamkeit

auf unseren völligen Ruin hinarbeitet. Die französische Politik sieht bewußt darauf hin, unsere geistige Kraft ebenso zu zerstören wie unsere wirtschaftliche, und ein Mittel zum Zweck unserer geistigen Zermürbung ist gerade die Erfüllungspolitik, mittels deren uns die Franzosen von einem selbsterniedrigenden Zustand zum andern treiben, um so allmählich unsere ganze moralische Widerstandskraft zu zerstören. Der Weg anbauender Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich führt uns daher mit tödlicher Sicherheit ins Verderben. Die einzige Möglichkeit der Rettung, die einzige Aussicht, aus unserem schauerhaften Elend irgendeine und irgendwann einmal herauszukommen, ist in der endlichen Austraffung zu einer bedingungslosen Ablehnung aller weiteren Forderungen der Entente gegeben. Das ist das allgemeine Empfinden, aus dem auch die sachliche Forderung eines unverfälschten Nein entsprossen ist. Dabei ist das deutsche Volk wohl bewußt, das uns dann schweres bevorzugen wird, aber schlimmer, als es jetzt ist, kann es nicht werden; das ist die Ueberzeugung, die sich allenfalls Bahn bricht. Wie zahllos die Bevölkerung, so ist auch das ganze übrige nationale Deutschland gewillt, mit der Reichsregierung aufkommen alle Folgen der Anwendung von der Erfüllungspolitik auf sich zu nehmen. Wenn die Regierung

also nur will, so wird sie jederzeit eine genügende Rückendeckung haben, um der Entente mit Ruhe, Würde und Festigkeit ein klares Nein entgegenzusetzen zu können. Die Erfüllungspolitik ist längst der Väterlichkeit verfallen mit ihrem kindlichen Glauben, daß unsere kalotternden nackten Glieder schließlich die Entente veranlassen müssen, sich über uns zu erbarmen. Wie das Ausland über den moralischen Kern dieser Politik denkt, hat anlässlich der Erörterungen über die Reparationsnote ein Londoner Blatt, der „Daily Telegraph“, verraten durch die bezeichnende Bemerkung, eine zweite Ultimatumnote der Entente würde in Berlin auch das Unmögliche zur Annahme bringen, ohne daß Dr. Wirth und seine Kollegen andere als rhetorische Einwände erheben würden. Das ist der edle und unverfälschte Geist Poincarés, der auch in einem Teil der englischen Presse sich geltend macht und sich in dieser hohnvollen Bemerkung in seiner geschäftigen Eignung offenbart. Demgegenüber hat der deutsch-nationale Abgeordnete Dr. Bergt das richtige zündende patriotische Wort gefunden, indem er erklärte, wir müßten der Gewalttätigkeit der Franzosen die Antworttätigkeit des Deutschlands entgegenzusetzen. Eine Regierung zu besitzen, die nach dieser Richtung handelt, ist die große Sehnsucht der deutschen Nation.

### Ablehnung der Kontroll- und Steuerforderungen der Entente.

#### Die Sitzung des Reichstags.

(Zusammenfassung unserer Berliner Korrespondenz.)  
Berlin, 28. März. Am Regierungstag: Reichskanzler Dr. Wirth und die Minister Dr. Rathenau, Bauer, Gehler, Dr. Demers, Groener, Brauns, Madbrudt und Wiesbert. Das Haus ist gut besetzt, die Tribünen sind überfüllt. Auf der Tagesordnung steht als einziger Gegenstand die Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung.

#### Reichskanzler Dr. Wirth

führte aus: Die Reichsregierung und die mit ihr arbeitenden Parteien haben die Hoffnung, daß die große positive innere Arbeit des Ausbaus und der Sanierung der Finanzen die auswärtige Politik des Deutschen Reiches fördern wird, die darauf gerichtet ist, die noch bestehenden Schwierigkeiten in den Beziehungen zwischen Deutschland und den auswärtigen Regierungen allmählich zu einem vernünftigen Ausgleich zu bringen. In diesem Zusammenhang hat man in Deutschland die neuen Steuern betrachtet. Man kann also wohl mit Recht

#### das Steuerkompromiß einen integrierenden Bestandteil unserer auswärtigen Politik nennen

(Zustimmung) und daraus die Folgerung ziehen, daß durch Störungen von innen oder von außen her damit auch die auswärtige Politik der Regierung gestört wird. Diese Störung ist in der Tat von außen erfolgt, und zwar durch die Note, die die Reparationskommission am 21. März an die Reichsregierung richtete, und durch das Schreiben, das von derselben Stelle dem deutschen Reichskanzler ausgestellt worden ist.

Die beiden Noten der Reparationskommission sind die Entscheidung auf das deutsche Stundungsgeheim, das die Regierung am 14. Dezember v. J. an die Reparationskommission richtete, und auf unsere Note vom 28. Januar in der der Reparationskommission das Verlangen um Stundung begründet und unsere Ausführungen über die Verzinsungen und die Sachleistungen für das Jahr 1922 unterbreitet wurden. Durch die Note der Reparationskommission ist jetzt eine Entscheidung erfolgt, die wohl als eine endgültige zu betrachten wäre.

#### wenn wir in der Lage wären, die Bedingungen zu erfüllen

und die geforderten Fristen einzuhalten, die aber dann einer nochmaligen Prüfung unterliegen soll, wenn es nicht der Fall sein sollte. Im letzteren Falle würden wir uns neuen Entscheidungen, sei es der Reparationskommission, sei es des Obersten Rates, gegenüberstellen müssen, für die als Grundlage nicht etwa das deutsche Moratoriumsgesetz, sondern der Versailler Friedensvertrag und seine späteren Interpretationen, insbesondere das Londoner Ultimatum, zu gelten hätten.

Die erste Note an die Reichsregierung enthält im großen und ganzen die Mitteilung, daß die in Gannex in Aussicht genommenen Änderungen zum Londoner Zahlungsplan, soweit das Jahr 1922 in Betracht kommt, von der Reparationskommission gebilligt werden. Mit den Goldabzahlungen hätten wir noch dem ganzen Gange der Verhandlungen Rechnung müssen und aus diesen Verzinsungen hätte sich bei dieser Regelung eine aktuelle politische Schwierigkeit kaum ergeben. Ebenso waren wir auf die Festlegung der zu bewirkenden Sachleistungen gefaßt. Wir würden in diesem neuen Zahlungsplan für 1922 allernächst eine Erleichterung erblicken können, wenn nicht in der Ziffer 4 der Noten zur Einsicht gegebenen Note der unsichere und provisorische Charakter der Regelung betont und

#### die ganze Geltung des Abkommens an die Frist vom 31. Mai gebunden

wäre, denn zu diesem Zeitpunkt will die Reparationskommission prüfen, ob der provisorische Ausblick zu befriedigen oder für unwirksam zu erklären ist. Für den letzteren Fall

schätzte sie sich ausdrücklich vor, die vorläufig gekundeten Summen innerhalb von 14 Tagen einzufordern. Ich kann in diesem Verfahren eine praktische Maßnahme nicht erblicken. (Sehr richtig!) Wenn Deutschland auf Grund seiner nachgewiesenen Leistungsunfähigkeit ein Moratorium bewilligt wird — und dies ist ja durch die Änderung des Zahlungsplanes für 1922 geschehen —, so ist es logisch unmöglich, am 31. Mai über diese ja bereits anerkannte Tatsache der Leistungsunfähigkeit Deutschlands einfach hinwegzugehen und neue Forderungen zu stellen, die nicht erfüllt werden können. (Zustimmung.) Zu dem Verste der Reparationskommission, der überaus scharf gehalten ist, und in dem wir jene tatsächliche neue Erhöhung der Lage zu erblicken haben, die ganz Deutschland auf tiefe Erregung tritt ganz deutlich hervor, daß die ernsthaften Anforderungen der Regierung von der Reparationskommission in keiner Weise gewürdigt werden. Das zeigen vor allem die

#### Bedingungen,

unter denen der vorläufige Ausblick bewilligt werden soll. Die peinliche Ueberforderung bedeutet zwei Punkte dieser Bedingungen, deren einer unverzüglich einen Plan zur Vermehrung der Steuern fordert, die für das laufende Rechnungsjahr 1922/23 eine Summe von mindestens 60 Milliarden Papiermark über die Einnahmen hinaus ergeben sollen. (Zuruf: Pöcherlich!) Diese neuen 60 Milliarden Steuern sollen bis zum 31. Mai d. J. bewilligt und in Kraft gesetzt werden. (Sehr, sehr; Zuruf: Pöcherlich!) Davon sollen mindestens 40 Milliarden noch in diesem Jahre sichergestellt werden.

#### Nach eingehenden Erörterungen hat die Regierung festgestellt, daß dies eine völlig unmögliche Bedingung und unmögliche Zumutung ist.

Das zunächst die rein sachliche Seite dieser Forderung der Schaffung von 60 Milliarden Mark neuer Steuern betrifft, dürfte es wohl in diesem hohen Hause niemand geben, der im Ernst an eine solche Möglichkeit glaubt. (Sehr wahr!) Mit größter Mühe haben wir versucht, unser Steuerwesen den gewaltigen an uns gestellten Anforderungen anzupassen. Unter direktem Steuerdruck ist in einer Weise ausgebaut, wie kaum ein anderes der Welt. Unsere indirekten Steuern sind gleichfalls in sehr scharfer Weise erhöht worden. Wir sind gern bereit, in eine sachliche Auseinandersetzung über die Steuerbelastung des deutschen Volkes, verglichen mit anderen Völkern, einzutreten, nachdem wir schon einreichendes Material der Gegenseite geliefert haben. Wenn schon Völker, die keinen Friedensvertrag von eben solcher Schwere wie den Versailler Vertrag auf den Rücken haben, die umgekehrt für sich Vorteile des Sieges nach wirtschaftlicher Seite hin geltend machen können, wenn schon solche Völker zum Teile nicht imstande sind, ihren inneren Finanzbedarf durch Steuern zu decken, wie erst müssen die Folgen sein beim deutschen Volke, das fast ganz die Lasten des Krieges allein trägt?

Schon die Herbeiführung des inneren Gleichgewichts unseres Haushaltes erfordert harter Steuermittel. Dann gibt es noch eine unsichtbare Belastung unseres Volkes, die weder der Reichsstaats noch der Reparationskommission zu Gute kommen kann. Diese ist begründet in den

#### Valutaverhältnissen und der damit verbundenen Verschlechterung von Werten in dem Ausland.

Sie wird um so größer, je unsicherer unsere valutaren Verhältnisse werden. In der Forderung der Reparationskommission nach der sachlichen Seite ist also zu erklären, daß es gänzlich unmöglich ist, Quellen zu finden, aus denen in solcher Zeit 60 Milliarden neue Steuern geschöpft werden können. Wenn die Forderung erzwungen wird, daß die Steuern dem Schwanken des Geldwertes folgen sollen, so weist ich darauf hin, daß unser direktes Steuerwesen gerade nach dieser Richtung hin jeder Anforderung entspricht.

Die Reparationskommission hätte durch Bewilligung des Moratoriums zur Festigung der Geldwertverhältnisse und damit zur Schaffung gesunder Grundlagen unserer